



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

April 2017

Faire Löhne bei McDonalds und Co.!



Am Samstag, den 1. April demonstrierten Beschäftigte der Systemgastronomie (McDonalds und Co.) für akzeptable Arbeitsbedingungen. Die meisten von ihnen werden mit Löhnen knapp über dem Mindestlohn abgespeist, aber sie wollen und werden sich das nicht mehr gefallen lassen.

Die GenossInnen von der AG betrieb&gewerkschaft waren mit ihrem Transpi dabei. (Foto: res)

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe:
Dienstag, 02.05.2017

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bericht von der BMV	S. 2
Ein Zwischenruf aus Horn	S. 3
Erster Mai in Hamburg	S. 3
Gemeinsam statt G 20	S. 4
Hafencityspaziergang	S. 5
Ostermarsch 2017	S. 6
Termine / Kontakt	S. 7
Beilage:	
Erklärung zu den Schüssen in St. Georg	

Bericht von der Bezirksmitgliederversammlung vom 02.04.2017

Bei der Bezirksmitgliederversammlung am 02.04.2017 haben 27 GenossInnen lebhaft diskutiert, wie wir vor dem Hintergrund der Schüsse auf den Geflüchteten Obang A. und der folgenden Presse-Kampagne gegen unseren Abgeordneten und frisch gewählten Wahlkreiskandidaten Martin Dolzer beim anstehenden Bundestagswahlkampf wirksam gegen rechts und laue Versprechen aus blassroter (SPD) und grüner Ecke überzeugen wollen.

In seiner Einführung unterstrich Martin Dolzer zunächst, dass CDU, Polizei und Presse es vielleicht schwerer gehabt hätten, wenn er nicht die Augenzeugen aus der Gruppe "Lampedusa in Hamburg" zitiert hätte, sie aber andere Gründe gefunden hätten, ihre Ablenkungskampagne zu führen. Viele Umstände wie die bis heute andauernde Abschirmung des Angeschossenen deuten darauf hin, dass das Agieren der Polizei nicht mit recht(sstaatlich)en Dingen zuring und wir die Aufklärung des Falles offensiv einfordern müssen.

Er machte deutlich, dass er motiviert ist, beim Wahlkampf positiv orientiert mit unseren Positionen in die Auseinandersetzung zu gehen. Er betonte, dass wir insbesondere in Hamburg-Mitte unsere Friedensposition und die Überwindung der sozialen Spaltung gemeinsam in den Mittelpunkt stellen und die regionalen Probleme auch im Lichte des größeren neoliberalen Zusammenhangs einordnen sollten, der viele unserer Mitmenschen beschäftigt. Er wolle auch speziell den Kandidaten und derzeitigen Abgeordneten Johannes Kahrs (SPD) angreifen, den Fabio de Masi aufgrund seiner engen Verbindung zur Waffenindustrie kürzlich den "Zuhälter vom Rüstungsstrich" nannte.

In der Diskussion wurde diese Spur aufgegriffen: Es sei an uns, endlich wieder "alle Benachteiligten ins Boot zu holen" (Andreas Lübke) und an die Ursachen der sozialen Verwerfungen sowie des Drogenmissbrauchs ranzugehen (Thomas Stahlhut), um die (strukturelle) Gewalt zu beenden (Gunhild Berdal). So wurde auch die Frage beantwortet, wie wir sogar einige BILD Leser und rechte Wähler überzeugen können: mit guten Argumenten und indem wir dazu ermutigen wollen, es mit uns gemeinsam mit unseren sozialen Gegnern aus Konzernzentralen und deren politischen Unterstützern aufzunehmen.

Bernhard Stietz-Leipnitz bemerkte zum einen, dass zur internationalen und sozialen Durchmischung in St. Georg längst auch viele Besserverdienende gehören und zum anderen, dass es unter aufmerksamen und engagierten AnwohnerInnen viele Bündnispartner gebe. Daraufhin wurde folgende Passage auf Vorschlag von Kristian Glaser in die Erklärung aufgenommen: *"Daher begrüßen und unterstützen wir Initiativen und Aktivitäten von Geflüchteten und der Solidarität mit ihnen, wie es sie auch in St. Pauli und St. Georg gibt. Wir wenden uns dagegen, dass Geflüchtete und z.B. Erwerbslose gegeneinander ausgespielt werden. Wir kämpfen gemeinsam für die sozialen Rechte unterschiedslos aller Menschen."*

Die so geänderte Erklärung wurde mit weiteren kleinen Änderungen von einer großen Mehrheit bei wenigen Enthaltungen beschlossen. Ihr findet sie als Anlage zum weiter verbreiten anbei.

Darüber hinaus wurde bei dem zusätzlich aufgenommen Tagesordnungspunkt "Vorbereitung des Landesparteitags am 07.04.2017" der Bezirksvorstands beauftragt, *"auf Grundlage der bei der Bezirksmitgliederversammlung geführten Diskussion und der schriftlichen 'Erklärung zur Politik des Bezirksverbandes DIE LINKE Hamburg-Mitte und zu dem von uns nominierten Vertreter für den Landesvorstand' der BMV vom 17.07.2016 beim Landesparteitag am 07.04.2017 eine mündliche Erklärung zur Nachwahl zum Landesvorstand abzugeben."*

Außerdem setzen wir uns für die Einberufung einer weiteren Tagung des Landesparteitags zu unseren Positionen und Aktivitäten gegen den geplanten G20-Gipfel und zur Diskussion des Wahlprogramms und der Strategie zur Bundestagswahl ein.

Last but not least wurde **Andra Recke** mit deutlicher Mehrheit als weiteres Mitglied in den Bezirksvorstand nachgewählt. Dazu herzlichen Glückwunsch und willkommen im Vorstand!

Die Freude auf einen eigenständig oppositionellen Wahlkampf konnte durch diese BMV also weiter ausgebaut werden. Somit freue ich mich auf die kommenden Monate.

Mit besten und solidarischen Grüßen,
Alexander Benthin

Ein Zwischenruf aus Horn

Freitag, 31. März 2017

Hallo liebe Mittstreiter, hallo liebe Sahra!

Ich habe einen schönen Artikel verfasst, über das, was mir Bauchschmerzen bereitet!

Ich weiß, ihr, das heißt die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, hat ihre Diätenerhöhung gespendet. Oder nicht angenommen?! Da bin ich nicht auf dem letzten Stand. Aber lest mal den Artikel! Viel Spaß dabei!

Ich beziehe mich darauf, dass die Bundesregierung der Aufforderung von Trump und Co. folgen will, 2% von Bruttoinlandsprodukt für Rüstung auszugeben!

Wieder einmal Krieg, dieses Mal von europäischem Boden aus? Was haben wir mit den Rüstungslobbyisten zu tun? Sie reißen uns ins Unglück! Diese Leute verdienen ihr Geld mit Leichen und Toten! Das muss man mal ganz deutlich sagen! Es gibt genug andere Dinge, die diese Firmen produzieren könnten, außer Panzer, Gewehre und ähnliches! Aber es wäre nicht so profitabel! Also weiter liefern, am besten noch an beide Seiten, die Krieg führen. Es gibt ja Nachfrage! Wenn ein Panzer abgeschossen wurde, muss der ja ersetzt werden.

den. Einfach ekelig, diese Moral. Moral mag man da gar nicht mehr sagen!

Lernen wir denn gar nichts aus der Vergangenheit? Wollen wir wirklich zur größten Rüstungsmacht in Europa werden? Krieg heißt Tote! Nicht nur Soldaten, die nichts anderes tun, als Befehle zu befolgen, sondern auch Zivilisten, das nennt man dann Kollateralschäden! Schönes Wort, aber das sind tote Kinder, Frauen, alte und junge Menschen! Menschen mit einer Zukunft. Einfach ausgelöscht. Ist das im Interesse Deutschlands, das sich sonst so um seinen Ruf bemüht? Sogar so weit geht, Diktatoren oder Beinahe-Diktatoren in den Arsch zu kriechen! Siehe Türkei und eventuell sogar schon die USA! Denn der Trump ist gefährlich!

Ich höre aber jetzt mit meiner Schwarzmalerei auf! Noch haben wir es in der Hand, etwas dagegen zu tun. Und da nehme ich meine Partei genauso in die Pflicht wie unsere Bevölkerung. Die anderen Parteien sind ja nur auf den eigenen Vorteil aus, siehe die Diätenerhöhung. Von dem, was die sich wieder bewilligt haben, muss ich einen ganzen Monat leben!

Also macht was, wacht auf!

Andreas Lübke

1.Mai 2017 DGB Hamburg

Zentrale Demonstration und Kundgebung in der Hamburger Innenstadt

10:30 Uhr Treffpunkt unter der U-Bahn-Station Rödingsmarkt

11:00 Uhr Start des Demonstrationzugs

12:00 Uhr Kundgebung auf dem Fischmarkt

15:00 Uhr Ende der Kundgebung

Redner_innen:

Katja Karger (Vorsitzende DGB Hamburg)

René Schindler (Produktionsgewerkschaft PRO-GE Österreich)

Murat Acerüzümoğlu (BR-Vorsitzender Blohm + Voss)

Simon Küppers (DGB-Jugend Hamburg).

Anschließend Diskussionsmöglichkeit zum Thema Rente mit dem österreichischen Kollegen René Schindler, Katja Karger, den DGB Senior_innen und der Jugend.

Musik von der Band „Kosmopolka“.

Kinderfest mit "Die Falken – Sozialistische Jugend – verschiedene Spiele und Bermalung.

Essen und Getränke

Gewerkschaften und befreundete Verbände werden mit **Infoständen** vor Ort sein.

So auch die AG betrieb&gewerkschaft der LINKEN. Wer am Stand helfen kann und will, melde sich bei Olga Fritsche: info@betriebundgewerkschaft-hamburg.de



Gemeinsam statt G20 - Demokratisch wirken für Frieden und Gerechtigkeit

Wir haben unsere Kampagne „**Gemeinsam statt G20**“ gestartet. Die Hamburger Bevölkerung ist nach den Volksentscheiden gegen die Privatisierung der Krankenhäuser, für den Rückkauf der Energienetze und gegen das IOC-Olympia nicht willens, den Kriegs- und Ausbeutungsgipfel der G20 inklusive des kompletten Infarkts öffentlichen Lebens während der Gipfelwoche hinzunehmen! Denn als Hamburger Bevölkerung wirken wir für *„Abrüstung und friedliche weltweite Beziehungen, für sinnvolle Arbeit und sozialen Fortschritt, für Bildung, Kultur und Gesundheit und für eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Vielfältig engagieren wir uns: Für den Stopp von Privatisierungen, gegen teure Inszenierungen von Glanz und Gloria, für echte Demokratie, für die Erneuerung von Sozialstaatlichkeit“* (aus dem Manifest „Demokratisch wirken für Frieden und Gerechtigkeit“) Deswegen wollen wir den G20-Gipfel verhindern!

Das der Kampagne zugrunde liegende **Manifest „Demokratisch wirken für Frieden und Gerechtigkeit“** wird aktuell u.a. von der Hamburger Landes-ASten-Konferenz, dem Verband der Studierenden aus Kurdistan Hamburg (YXK/JXK), DiEM 25 Hamburg, der GEW Hamburg, linksjugend [solid] Hamburg und der DFG-VK Hamburg unterstützt. Im Manifest kritisieren wir die G20 vor allem als Verdichtung des ideologisch erschöpften Politikprinzips aus Austerität, Krieg und Umweltzerstörung und stellen dem die vielfältig existierenden Initiativen entgegen, welche ein wirklicher Ausweg aus der Krise sind! *„Argumente, Diskussionen, gut ausgebaute inklusive Schulen, weltoffene Hochschulen, gedeihende soziale und Kultureinrichtungen und eine engagierte aufgeklärte Öffentlichkeit sind das Herzstück der Demokratie – nicht ein Überwachungsstaat. Wir setzen damit ein Zeichen für Solidarität und Frieden! Unsere Arbeit, unser Leben, unsere Kreativität und unser Engagement sind das demokratische Wirken für eine friedliche und gerechte Welt“* (aus dem Manifest).

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter, der Berufsverband der Feuerwehr und nun die Berichterstattung über nicht vorbereitete Krankenhäuser zeigen an, dass die konkrete Durchführung des Gipfels aufgrund der großen Kritik und Mobilisierung ein wahnsinniges Unterfangen ist.



Unsere Kampagne zielt darauf, im Vorfeld des Gipfels über dessen Politikinhalte aufzuklären, die verbreitete Ablehnung politisch zum Ausdruck zu bringen, die richtigen Ansprüche an eine friedliche und soziale Entwicklung der Welt zu ermutigen und auf die Absage des G20-Gipfels und seiner Politik zu drängen. Alle sind eingeladen, mitzumachen.

Dafür besteht die Kampagne aus verschiedenen Strängen:

a) Unterschriftenkampagne „G20 stoppen!“

Mit folgendem Text sammeln wir Unterschriften, sodass wir über die Kritik an G20 und notwendige Alternativen zehntausendfach ins Gespräch kommen können und die Hamburger Bürgerschaft auch dazu zwingen, sich mit dieser Bevölkerungsauffassung auseinanderzusetzen. Die erste Übergabe der Unterschriften ist für den 31. Mai mit einer Demo vom Hachmannplatz um 17 h geplant.

„Mit meiner Unterschrift trete ich ein:

- für verstärkte staatliche Investitionen in Arbeit, Bildung, Kultur und Gesundheit*
- für weltweite Solidarität und die Schaffung von Frieden mit zivilen Mitteln*
- für eine gleichberechtigte Verständigung aller Länder zur Verwirklichung von Völker- und Menschenrecht im Rahmen der UNO **statt eines elitären G20-Gipfels!** Ich fordere die Hamburgische Bürgerschaft und den Senat auf, diese Alternative aufzugreifen, zu diskutieren und den G20-Gipfel in Hamburg abzusagen!“*

Die Unterschriftenliste gibt's hier zum Download:
http://www.gemeinsam-statt-g20.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Unterschriftenliste/G20_Unterschriftenliste_ohne_Beschnitt_rev03.pdf
und im AStA der Uni Hamburg (Von-Melle-Park 5, 20146 Hamburg).

b) Demonstration „Demokratisch wirken für Frieden und Gerechtigkeit“ am 19. April

Am Mittwoch, den 19. April, starten wir um 17 Uhr ab Jungfernstieg eine erste Demonstration, welche

die vielfältigen Gründe für eine Absage der Politik und der Austragung des Gipfels in Hamburg verbindet mit der Perspektive einer sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft.

Link zur facebook-Veranstaltung:

<https://www.facebook.com/events/278541515906629/>

c) Aktionsbüro im AStA der Uni Hamburg

Zur Koordination, als öffentliche Anlaufstelle und infrastrukturelle Unterstützung haben wir im AStA der Uni Hamburg ein „Aktionsbüro G20“ eingerichtet, welches täglich besetzt ist. Egal ob ihr einfach Infos zu G20 haben wollt,

Unterschriftenlisten/Demo-Flyer/Plakate zum Verteilen, Material zum Transpinalen etc. oder euch darüber hinaus beteiligen wollt, kommt vorbei (Raum 0038A, Von-Melle-Park 5, 20146 Hamburg)!

Kontakt:

Homepage: www.gemeinsam-statt-g20.de

Facebook-Seite:

<https://www.facebook.com/GemeinsamstattG20/>

Mail-Adresse: GemeinsamStattG20@asta-uhh.de

Eintragen auf Info-Verteiler: GemeinsamStattG20@asta-uhh.de

Franziska (SDS* Uni Hamburg)

Infospaziergang durch die Hafencity

Heike Sudmann hatte eingeladen (24.3., s. Märzausgabe) und über 30 Menschen waren gekommen. Zunächst verschaffte uns Maren Cornils, gelernte Stadtplanerin und Stadtführerin, von der Terrasse der Hafencity Universität den Überblick Richtung Elbbrücken, wo im Baakenhafen und dahinter sehr viele Wohnungen, darunter wie in Hamburg jetzt üblich, 30 % geförderte, nebst Schule, Kita, Läden, aber auch Büro- und Gewerbeeinheiten geplant bzw. im Bau sind. (Foto unten: Die neue Brücke über den Baakenhafen, rechts der Aussichtsturm, Fotos: Dirk Prösdorf).

Dann ging es quer durch die Hafencity. Besonders beeindruckend immer wieder die Baugrube für das südliche Überseequartier (Foto rechts), die seit 2008 (Krise!) als Schlammloch mit U-Bahn-Anschluss Touristen anlockt.

Inzwischen hat sich mit Unibail-Rodamco ein neuer „Investor“ gefunden, dem von der Stadt jede Menge Zugeständnisse gemacht worden sind, was die Geschossflächen und Gebäudehöhen angeht, damit die Profitmöglichkeiten stimmen. Nun wird wohl tatsächlich gebaut, sogar Wohnungen sollen dabei sein. Vor allem aber wird ein riesiges Einkaufszentrum, teilweise überdacht, entstehen, das der eigentlichen Innenstadt natürlich Konkurrenz machen wird. Ob sich die KreuzfahrerInnen dort abzocken lassen werden, das steht in den Sternen.



Es folgte der „alte“ Teil der Hafencity, das nördliche Überseequartier bis hin zu den Magellanterrassen, wo die speziell zugewandten Mäuerchen mit Anti-Skater-Dornen zu besichtigen waren. Westlich des Überseequartiers sind ja durchaus auch einige Wohnungen entstanden, sogar genossenschaftliche, vor allem aber hochpreisiges Eigentum, wie z.B. im „Marco-Polo-Tower“. Allerdings, so stellten viele von uns fest, ist es dort schattig, laut und windig, da muss mensch schon auch Phantasie aufbringen, um die hervorragende Wohnlage zu erkennen. Noch nicht bebaut, aber beplant, ist der Strandkai, die äußerst südwestliche Halbinsel. Dort werden vor allem Wohnungen im „Drittmix“ entstehen.

Und zum „krönenden“ Abschluss ging es dann auf die Aussichtsterrasse Richtung Westen – die „Plaza“ der Elbphilharmonie, also die Terrasse auf dem Dach des ehemaligen Kaispeichers, die auch uns gewöhnlichen Sterblichen zugänglich ist. Die Rolltreppe fand ich nicht so beeindruckend, aber der Sonnenuntergang über der Elbe war toll.

besel



Ostermarsch 2017 in Hamburg: Montag, 17. April 2017

Hamburger Ostermarsch 2017 "Den Kriegen zum Trotz: Frieden jetzt! Sofort!", **Auftaktkundgebung:** 12 Uhr, St.-Georgs-Kirchhof (U/S-Bahn Hbf), Osterandacht: 11.30 Uhr, Dreieinigkeitskirche, anschl. Demo durch die Innenstadt zur **Abschlusskundgebung** und zum Friedensfest: 13.30 Uhr, Carl-von-Ossietzky-Platz, Redner*innen: (u.a.) Norman Paech, Musik: Gruppe Gutzeit u.a. VA: Hamburger Forum, u.a.

Aus dem Aufruf:

Die Bundeswehr ist an vielen Kriegen direkt oder indirekt beteiligt – in Afghanistan, Mali, Irak, Syrien, im Mittelmeer und am Horn von Afrika ...

Für diese Einsätze wird sie hochgerüstet. Die Bundesregierung hat angekündigt, in den nächsten 15 Jahren zusätzliche 130 Mrd. Euro in die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr zu stecken. Die jährlichen Militärausgaben von heute 34,3 Mrd. Euro sollen im Rahmen der NATO-Vorgaben beinahe verdoppelt werden.

Deutschland arbeitet in und mit der EU daran, künftig auch eigenständig neben der NATO und ohne die USA militärisch eingreifen zu können. Es zeichnet sich ab, dass Deutschland und die EU die Rolle von Ordnungsmächten in Europa, im Nahen und Mittleren Osten und im Norden Afrikas übernehmen wollen – und damit auch die USA im Zuge ihres wachsenden Engagements in Asien entlasten werden. Ein wichtiges Ziel dabei ist die Sicherung des freien Zugangs zu Rohstoffen und Märkten. Die neuen Kriege werden ideologisch vorbereitet und abgesichert, indem Feindbilder wiederbelebt und neu geschaffen werden oder indem eigenes militärisches Handeln als humanitäre Intervention verbrämt wird.

Auch wenn es bei uns unterschiedliche Einschätzungen zur Militärpolitik Russlands gibt: Der Westen benutzt die Politik der russischen Regierung als Argument für die eigene Hochrüstung, statt Auswege aus der Eskalation zu suchen.

Im Jahr 2015 wurden von der Bundesregierung Rüstungsexporte in Höhe von 12,8 Mrd. Euro genehmigt und damit im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls fast verdoppelt. Autoritäre und reaktionäre Regime wie die Türkei, Israel, Saudi-Arabien und Katar sind bevorzugte Kunden der deutschen Rüstungskonzerne. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Unter Bruch der Verfassung ist Deutschland die militärische Drehscheibe für die US- und NATO-geführten Aggressionskriege. Auf deutschem Boden befinden sich die wichtigsten NATO- und US-Kommandozentralen.

Über den US-Militärstützpunkt Ramstein werden Waffen- und Truppentransporte abgewickelt, Kampfeinsätze gestartet und Killerdrohnen gelenkt.

Im Verein mit den Atommächten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und Israel lehnt die Bundesregierung in der UNO Verhandlungen über ein Verbot aller Atomwaffen ab. Es ist beschlos-

sen, die in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen durch neue Atomwaffen zu ersetzen, die erweiterte Einsatzfähigkeiten haben. Sie sind Bestandteil der US- und NATO-Atomkriegsstrategie, an der die Bundesregierung – entgegen ihren Lippenbekenntnissen zur atomaren Abrüstung – festhält.

Deshalb gehen wir Ostern auf die Straße und fordern

- Nein zur Aufrüstung der Bundeswehr, zur Produktion von Kriegswaffen und zu Rüstungsexporten. Stopp der Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen. Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen, insbesondere an die Türkei, an Israel, Saudi-Arabien und Katar. Die Milliarden für Rüstung und Krieg müssen für soziale Zwecke verwendet werden.
- Atomwaffen ächten und abschaffen. Die nukleare Komplizenschaft mit den USA muss beendet werden. Die Bundesregierung muss die Bereitstellung der Tornado-Flugzeuge und das Training der Bundeswehr für den Einsatz der Atomwaffen beenden und den Stationierungsvertrag für die Lagerung der US-Atomwaffen kündigen.
- Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Sofortiger Waffenstillstand sowie Einleitung und Unterstützung von Friedensprozessen in Syrien, Afghanistan und Jemen. Aufhebung des Handelsembargos gegen Syrien, das die Zivilbevölkerung trifft.
- Raus aus der NATO und den Militärstrukturen der EU. Auflösung aller US- und NATO-Militärstützpunkte. Drastische Abrüstung der Bundeswehr mit der Perspektive ihrer Abschaffung.
- Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs gegen Russland – weder an Kriegsmanövern noch an der Militärpräsenz in Osteuropa. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.
- Solidarität mit den Flüchtlingen. Schutz und Sicherheit für alle Opfer aus Kriegsgebieten und die von Hunger, Armut und Umweltzerstörung heimgesuchten Menschen. Das Massensterben im Mittelmeer muss beendet werden. Aufkündigung des Flüchtlingsdeals mit der Türkei. Schutzsuchende brauchen legale Einreisemöglichkeiten nach Europa.

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 11.04. 19:30 Uhr ??

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**

Muss neu verabredet werden

Dienstag, 11.04., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,

turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Mittwoch, 12.04., 18:30 Uhr

TATORT Kurdistan: Newroz im Ausnahmezustand

Café im Centro Sociale

Sternstraße 2 (U-Bahn Feldstraße)

Montag, 17.04., 19:00 Uhr (Ostermontag?)

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 19.04., 17:00 Uhr

Demo gegen G 20 Demokratisch wirken ...

ab Jungfernstieg (S. S. 4)

Mittwoch, 19.04., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde

Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 20.04. 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**

Sitzungssaal, Klosterwall 4

Freitag, 21.04., 19:00 Uhr

Neue Gemeinnützigkeit in der Wohnungspolitik

Mit dem Berliner Stadtsoziologen **Dr. Andrej Holm**

Rathaus, Kaisersaal

Mai

Montag, 01.05., 19:00 Uhr (Feiertag?)

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 03.05., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**

NEU: Büro Billstedter Hauptstraße 76

(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 03.05., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg

Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 09.05. 19:30 Uhr ??

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**

Muss neu verabredet werden

Dienstag, 09.05., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,

turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Samstag, 13.5., 09:45 Uhr

Wiederholung der **LVV Landesliste**

Berufsförderungswerk Farmsen

Montag, 15.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 17.05., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde

Büro Borgfelder Straße 83

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der

Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Alexander Benthin	0176-70445442	alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Monika Berstecher		monika.berstecher@die-linke-hamburg-mitte.de
Michael Czerwinski	0175- 639 55 72	michael.czerwinski@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther	0151-44563129	joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Theresa Jakob		theresa.jakob@die-linke-hamburg-mitte.de
Regina Jürgens		regina.juergens@die-linke-hamburg-mitte.de
Andra Recke		
Frank Rinnert, Schatzmeister	0152-33854547	frank.rinnert@die-linke-hamburg-mitte.de
Eva Rozanski	0151 686 56 611	eva.rozanski@die-linke-hamburg-mitte.de
David Stoop	0153-77725737	david.stoop@die-linke-hamburg-mitte.de
Wolfgang Strauß		wolfgang.strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNtang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

Aufklärung und Solidarität! - Gegen soziale Spaltung und Repression



Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE Hamburg-Mitte vom 02. April 2017

Nach den Schüssen auf den 33-jährigen Ghanaer Obang A. am 1. Februar 2017 und der darauf folgenden Kampagne u.a. der CDU und der BILD gegen afrikanische Geflüchtete und den Abgeordneten Martin Dolzer erklärt der Bezirksverband Hamburg-Mitte der Partei DIE LINKE:

Wir wünschen Obang A. eine gute Genesung von seinen Verletzungen. Wir fordern die tiefgründige Aufklärung der Schüsse vom 01. Februar, die Haft des noch immer schwer verletzten Obang A. muss sofort beendet werden.

Augenzeugen berichten, dass sie keine Notwehrsituation erkennen konnten. Da von dem zu diesem Zeitpunkt sichtlich angetrunkenen und desorientierten Obang A. aus ihrer Sicht keine große Gefahr für den Zivilpolizisten ausging und insbesondere aufgrund einer Pause zwischen den Schüssen, werteten die Augenzeugen den Vorfall als lebensgefährdendes Fehlverhalten oder gar rassistisch motivierten Hinrichtungsversuch.

Mit den Vorwürfen und der Anzeige gegen den Bürgerschaftsabgeordneten der LINKEN Martin Dolzer, der dies zitiert hatte und von den Behörden die Aufklärung des Falles fordert, wird versucht, eine Stimmung zu erzeugen, die von der tiefgründigen Klärung eines möglichen Fehlverhaltens des Beamten und den gesellschaftlichen Hintergründen sowie von notwendigen Veränderungen ablenken soll.

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit asymmetrischer und neokolonialer Wirtschaftspolitik (speziell mit Rüstungsexporten), aggressiver Außenpolitik sowie der gesteigerten Abschottung mehrfach mitverantwortlich für die Not, aus der immer mehr Menschen fliehen. Die aus Kriegen und Elend Geflohenen sind mit der Hoffnung auf Sicherheit, Menschenrechte, eine Zukunftsperspektive und ein würdiges Leben in unsere Gesellschaft gekommen. Sie finden sich aber in einer Situation wieder, in der sie oftmals nicht am Arbeitsleben, am kulturellen Leben, an gleicher Gesundheitsversorgung sowie an demokratischer Mitbestimmung teilhaben können. Diese zunehmende Ausgrenzung von Menschen im neoliberalen Kapitalismus führt zu Depressionen, Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit.

Demgegenüber setzt sich DIE LINKE für Frieden, echte Entwicklungs- und Aufbauhilfe und faire Handelsbeziehungen ein. Der schmutzige Deal mit dem reaktionären Erdogan-Regime in der Türkei muss beendet werden, das antifaschistisch geprägte Asylrecht muss in vollem Umfang wiederhergestellt werden. Hamburg kann in diesem Sinne als erste Schritte als Hüterin des Friedens zuerst die Waffenexporte durch den Hamburger Hafen stoppen und Geflüchteten eine umfangreiche Teilhabe ermöglichen.

Dass die Boulevardpresse nun afrikanische Flüchtlinge weiter völlig undifferenziert als „Drogenszene“ stigmatisiert, ist vollkommen verantwortungslos. Mit derartigen Kampagnen wird in Hamburg wie in aller Welt versucht, eine repressive Innen- und Justizpolitik durchzusetzen. Dieses Vorgehen ist für die gesellschaftliche Entwicklung wie auch Einzelpersonen gefährlich. Viele Geflüchtete und Mitglieder der afrikanischen Communities leben verstärkt in Angst, weil sie täglich mit Rassismus konfrontiert sind, dem auch durch rechte Propaganda wie von AfD und Donald Trump Vorschub geleistet wird. Viele von ihnen werden wiederholt, meist ohne für sie ersichtlichen Anlass, kontrolliert. In St. Georg und auf St. Pauli werden in letzter Zeit zunehmend repressive statt sozialer Konzepte angewandt. Die Finanzierung von Jugendeinrichtungen, sozialer Einrichtungen und der Drogenhilfe wird runtergefahren, die Polizeiarbeit stattdessen verstärkt. In St. Georg sind einzelne Zivilpolizisten gefürchtet. Die Einrichtung einer Task Force und der Einsatz vieler Zivilpolizist_innen auf St. Pauli sorgt für Unruhe anstatt Sicherheit. Zum Teil sind in der Nähe der Hafenstrasse lebende Afrikaner_innen schon mehr als 20 mal kontrolliert worden. Demgegenüber sind besonders in St. Georg und in St. Pauli die Stärkung der Sozialarbeit und einer kommunikativen statt repressiven Polizeistrategie zum Beispiel in Form von Runden Tischen notwendig. Dafür steht DIE LINKE. Daher begrüßen und unterstützen wir Initiativen und Aktivitäten von Geflüchteten und der Solidarität mit ihnen, wie es sie auch in St. Pauli und St. Georg gibt. Wir wenden uns dagegen, dass Geflüchtete und z.B. Erwerbslose gegeneinander ausgespielt werden. Wir kämpfen gemeinsam für die sozialen Rechte unterschiedslos aller Menschen.

DIE LINKE Hamburg-Mitte fordert die tiefgründige Aufklärung der Schüsse auf Obang A. Kritische Aufmerksamkeit der Bevölkerung unterstützt dieses Anliegen. Dazu rufen wir herzlich auf.